

zur Erhebung von Anschlussbeiträgen für Trink- und Abwasser und der Aussage von Herrn Caffier, dass es sich dabei nur um die Kosten der Modernisierung seit 1991 handele - 26. Oktober 2007, Maria Rosemeyer

Wasserversorgung und Abwasserentsorgung in Mecklenburg-Vorpommern sind seit 1989 immer wieder, immer stärker und immer eindringlicher diskutiert worden.

Es handelt sich hierbei um Leistungen der Daseinsvorsorge und des Umweltschutzes, beides Begriffe, die man von vielen Seiten betrachten kann.

Daseinsvorsorge wurde notwendig, weil Menschen in Städten ihre Versorgung mit Lebensnotwendigem (Strom, Wasser, Lebensmittel, etc.) nicht allein bewerkstelligen konnten und mangelhafte Entsorgung von Abfällen (einschließlich Abwasser) zu Krankheiten führte.

Diese Probleme gab es auf dem Land nicht, weil man in der Regel Selbstversorger war und alles Organische verwertet wurde. Wenn wir ehrlich sind, müssen wir jedoch einräumen, dass zu DDR-Zeiten die Entsorgung von Nicht-Verwertbarem nicht optimal gelöst war.

Dann kamen die Fördermittel und wohlmeinende Unterstützung von Beamten aus dem Westen. Diese trafen auf Menschen, die gewohnt waren, sich zu fügen, wenn der Staat etwas vorgab.

Leider wurde es bis heute versäumt, die - vielleicht zu leise geäußerte - Meinung der Bürger ernst zu nehmen, denn es gab in allen Landesteilen Protest zu den zentralen Abwasserbeseitigungsplänen. Rein gefühlsmäßig war klar, dass das alles nicht bezahlbar sein konnte.

Die allgemeine Aufbruchstimmung brachte es mit sich, dass man nicht die Pläne überprüfte, sondern nach Wegen suchte, sie durchzusetzen. Man erinnerte sich an die ehemaligen WABs und an die Zweckverbände aus der NS-Zeit, die dem Bürger die Entscheidungsfreiheit weitgehend abnahmen.

Offenbar hat man übersehen, dass der Großteil der Bevölkerung auf diese Art der Fürsorge gar nicht angewiesen war, denn weit über die Hälfte lebten im dünnbesiedelten ländlichen Raum. Und das ist noch heute so.

Als nun damit begonnen wurde, Anschlußbeiträge auch von denen zu nehmen, die schon lange angeschlossen waren, wurden die falschen Argumente immer wiederholt:

So, wie Herr Caffier es sagt, war es nicht wirklich. Wenn er mit "Modernisierung" allgemein die Abwasserbeseitigung meint, dann mag man das gelten lassen. An der Küste und in anderen "empfindlichen Gebieten" wurde in einem sehr breiten Streifen jedes Haus und jeder Hof an Kanalisation angeschlossen (Neubau!) und diese Kosten wurden nun auf alle Schultern verteilt.

Bei den Trinkwasserleitungen verhält es sich ähnlich. So, als sei vorher gar nichts vorhanden gewesen, wurde fast überall neu gebaut. Hier wurden und werden die Kosten ebenfalls auf alle Grundstückseigentümer verteilt.

Auch möchte ich darauf hinweisen, dass die Welt hinter dem OVG Greifswald nicht zuende ist. Es ist fraglich, ob das umstrittene Urteil in Sachen „Altanschlussbeiträge“ einer Überprüfung vor dem Bundesverwaltungsgericht standhält.

Die andere Seite der Medaille ist der Umweltschutz.

Wo wenig Menschen leben, sollen die Gewässer wohl die saubersten in der BRD sein, Herr Minister Backhaus!

Bei allem, was der Staat seinen Bürgern abverlangt, muß der Grundsatz der

Verhältnismäßigkeit gewahrt bleiben. Wenn das Abwasser von 360 Einwohnern unter hohem Kosteneinsatz abgeleitet werden muß und gleich in der Nachbarschaft die Gülle von 4.500 Schweinen (entspricht 11.250 EW) als unbedenklich gilt, dann hat da jemand versäumt, nachzudenken. Nicht umsonst hat die Ostsee in warmen, trockenen Jahren massive Probleme. Was nicht untersucht wird, kann nicht entdeckt werden.

Zum Schluß möchte ich ein oft gehörtes Argument unserer Politiker anführen: es wehren sich immer nur wenige.

Das mag stimmen, es waren sicher mal mehr. Die Proteste wurden gleich auf der unteren Ebene beschwichtigt ("da kann man sowieso nichts machen") und kamen nur tröpfchenweise im Landtag an.

Ich sehe jedoch ganz gravierende Auswirkungen auf das Demokratie-Verständnis der Bürger, die das sowieso neu hätten lernen müssen. Was haben sie stattdessen gelernt?

Da kannst Du sowieso nichts dran ändern....

Was bleibt, ist die Wut im Bauch. Und der Wunsch, es "denen da oben noch zu zeigen".

Man interessiert sich nicht mehr dafür, was im Landtag geschieht, man zieht fort, geht nicht mehr zur Wahl oder schenkt seine Stimme der "falschen" Partei. Denn damit wird zumindest erreicht, dass in Schwerin der große Puderquast hervorgeholt wird, um die Ursachen zu übertünchen.

Wie sieht denn unsere Realität aus?

Zu Gemeindevertretersitzungen wird zwar eingeladen, zur Tagesordnung darf jedoch nichts gefragt werden. Und wenn eine Gemeinde etwas wirklich Gutes für ihre Bürger beschließt, dann wird das von oben gekippt. Bürgermeister, die ihre Bürger nicht genügend ausgepresst haben, werden zur Rechenschaft und vor Gericht gezogen.

Statt die NPD zu verbieten, wäre es erfolgversprechender gewesen, man hätte wirklich demokratische Strukturen eingeführt, statt immer mehr Verantwortung nach oben zu delegieren. Die Kreisreform wird uns dann den Rest geben.

Die Landesregierung muß ihre Verfassungsänderung auch auf sich selbst anwenden:

Wer Unfrieden stiftet unter den Bürgern, handelt verfassungswidrig.

Maria Rosemeyer
Sandbergweg 5
19306 Blievenstorf
038757-24856

www.abwasser-marsch.de

- im Netzwerk "Wasser-in-Bürgerhand" -

1. Vorsitzende der Bürgerinitiative gegen überhöhte Kommunalabgaben Ludwigslust e.V.